Abonnements
werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 1.— für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 0,— für Deutschland (Couvert)
fl. 1,70 für Oesterreich (Couvert)
Fr. 2,50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate
die dreigespaltene Petitzeile
25 Cts. — 20 Sgr.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).

Verlag
der
Volksbuchhandlung
Hottingen-Zürich.

Postsendungen
franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

№ 31.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat" wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Deckadressen. In zweifelhaften Fällen einzuschreiben.

29. Juli 1887.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Reptilistisches.

Was für Dummköpfe sind doch die deutschen Arbeiter!

Das ist der Refrain eines, unter dem Titel: „Die deutschen Arbeiter und die Sozialdemokratie" im „Frankfurter Journal" veröffentlichten Artikels, den das genannte Blatt, ein nationalserviles Reptil, aus „der Arbeiterbewegung nahestehenden Kreisen" erhalten haben will.

Der Arbeiterbewegung nahestehende Kreise — eine schöne Phrase, eine vortreffliche Phrase!

„König" Stumm, Märchen Hirsch, Putty, Stöcker, Jhring-Mahlow — wer von ihnen stände nicht der Arbeiterbewegung „nahe"? Das Wort schielt nach allen Seiten hin, genau wie der Nationalservilismus selbst, diese erbärmlichste aller politischen Schöpfungen der Jetztzeit. Es klingt nach etwas und sagt doch nichts, jeder Renegat, der in eine fettbezahlte Stelle hineingewalzt und seinen Abfall zu beschönigen wünscht, kann sich damit decken. „Ich abgefallen? Lächerlich. Ich stehe noch immer der Arbeiterbewegung — nahe. Im Interesse der Arbeiterbewegung bekämpfe ich die Sozialdemokratie."

Denn gerade die Sozialdemokratie, so dozirt der „Nahestehende" — ob Kreis oder Walze, bleibe dahingestellt — ist es, welche es verschuldet hat, die Erfolglosigkeit der Arbeiterbestrebungen chronisch zu machen, letztere für längere Zeit in falsche Bahnen zu lenken. Wieso das? Nun, die Sache ist furchtbar einfach.

„Eine wahrhafte Förderung der Interessen der Arbeiter ist nur von einer Organisation der letzteren zu erwarten, die naturgemäß sich nach Berufsgenossenschaften gliedern und sich politischer Thätigkeit enthalten muß."

Also von Gewerkschaften. Das ist zwar sehr einseitig gedacht und darum nur zum Theil richtig, aber lassen wir es für diesmal gelten.

Ohne gewerkschaftliche Organisationen kein Heil für die Arbeiter. Schön. Nun hat bekanntlich die Sozialdemokratie stets den Arbeitern die gewerkschaftliche Organisation empfohlen, man sollte also meinen, daß in dieser Beziehung sie selbst nach der Meinung des „Nahestehenden" ihre Schuldigkeit gethan. Fehlgeschossen. Grade die Sozialdemokratie, sagt er, hat derartige Organisationen „fast unmöglich gemacht."

Man beachte wohl, die Sozialdemokratie. Wer sich etwa beikommen lassen wollte, auf die „auflösende Thätigkeit" der Regierung und ihrer Polizeigesetze hinzuweisen, den schmettert er mit der Antwort nieder:

„Eine solche Behauptung ist aber bloße Sophisterei und ebensowenig berechtigt, als eine Beschwerde der Spitzbuben über den „reaktionären Staat", der ihnen durch Strafgesetze ihr Handwerk verleidet."

Die Spitzbuben-Sozialdemokraten haben nämlich Fachvereine und Gewerkschaften gegründet, aber das sind nicht die richtigen, wie sie im Interesse der Arbeiter liegen, über das natürlich nicht die Arbeiter selbst zu befinden haben, sondern der „Nahestehende" und seine Hintermänner.

So deduzirt er denn weiter:

„Die Interessen der Arbeiter verlangen, daß zwischen ihnen und den Arbeitgebern ein modus vivendi gefunden werde, eine Art der Regelung der einschlägigen Verhältnisse, welche innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen gestattet, für beide Theile — Arbeiter und Unternehmer — die günstigsten Bedingungen zu schaffen. An einer solchen Regelung hat der Staat das größte Interesse, und wir sehen, wie thatsächlich auch die deutschen Regierungen hierauf einen wesentlichen Theil ihrer Thätigkeit verwenden."

Wirklich? Thun sie das? Dann müssen wohl die „günstigen Bedingungen" für die Arbeiter „innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen" in möglichst niedrigen Löhnen und möglichst hoher Arbeitszeit bestehen. Denn daß die deutschen Regierungen jemals auch nur den geringsten Theil ihrer Thätigkeit darauf verwendet, die Arbeiter bei ihren Bestrebungen nach Aufbesserung ihrer Löhne oder bei ihrem Widerstand gegen Lohnreduktionen zu unterstützen, hat noch Niemand gesehen, wohl aber „sehen wir", wie diese Regierungen, und insbesondere die preußische, ihre Arbeiter am stärksten anspannen und am schlechtesten bezahlen. Ob aber solche „Wahrung der Interessen" nach dem Geschmack der Arbeiter ist, ist eine andere Frage. Unserem „Nahestehenden" imponirt sie freilich so, daß er unmittelbar nach obigem Satze fortfährt:

„Hierdurch darf aber selbstverständlich nicht die oberste Aufgabe der Regierung, die Erhaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, unerfüllbar werden. Die Regierung kann sich nicht in Unterhandlungen mit Parteien einlassen, deren ausgesprochene Absicht es ist, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu stürzen. Die sozialdemokratische Partei hegt solche Pläne und sie kann daher nicht das Interesse der Arbeiter vertreten, weil dieses keine Zerstörung des Bestehenden verlangt."

Schrumm! Eine Logik von geradezu unwiderstehlicher Beweiskraft. Man rekapitulire nur: Die Interessen der Arbeiter verlangen eine auskömmliche Regelung zwischen ihnen und den Unternehmern, die Regierungen suchen eine solche Regelung zu fördern, können sich aber mit keiner Partei in Unterhandlungen einlassen, die den Umsturz will, die Sozialdemokratie will den Umsturz, folglich kann sie daher nicht ꝛc. ꝛc.

Gegen eine so schlagende Beweisführung fällt es uns um so weniger ein, Einspruch zu erheben, als der dümmste Landgensdarm jederzeit im Stande ist, die Probe auf das Exempel zu liefern.

Und mit gleich unumstößlicher Logik geht es weiter:

„Also schon bei der fundamentalsten Forderung der Arbeiter: berufliche Organisation, steht die sozialdemokratische Partei als Hinderniß da. Denn es ist gewiß erklärlich, daß die Regierungen des Reiches und der Einzelstaaten den Arbeiterorganisationen keine gesetzlichen Rechte zugestehen werden, solange diese Organisationen den Sozialdemokraten zum Tummelplatz dienen. In einem Hause, das von vielen Parteien bewohnt wird, kann einer einzelnen derselben nicht gestattet werden, die Grundmauern abzugraben, damit das ganze Gebäude einstürze."

Soweit hat der „Nahestehende" indeß nur das Bestehende nach seiner Auffassung, die nur ganz zufällig auch die des Reptilienvaters ist, „erklärt", damit ist jedoch seine Aufgabe nur zur Hälfte erfüllt. Es genügt dem edlen Gemüth nicht, zu schildern, was ist, es treibt ihn auch, zu sagen, was sein soll, obwohl sich das für den Denkenden aus Ersterem von selbst ergibt.

„Damit die Arbeiter von der Regierung gesetzlichen Schutz für ihre Vereinigungen erhalten, müssen sie sich zuerst von der sozialdemokratischen Parteiherrschaft befreien, müssen aufhören, **wenn auch nur stillschweigend**, das sozialdemokratische Treiben in ihren Vereinen zu dulden, und müssen unnachsichtlich die revolutionäre Propaganda bekämpfen."

Das ist wenigstens deutlich gesprochen. Es genügt nicht, daß die Arbeiterfachvereine, Lohnkommissionen ꝛc. keine Politik treiben, keine sozialdemokratische Propaganda machen, nein, sie müssen die sozialdemokratische Propaganda bekämpfen, antisozialdemokratisch werden, wenn sie vor Auflösungen sicher sein wollen. Sie dürfen die Sozialdemokraten in ihren Reihen nicht einmal „dulden", sie müssen zu Denunziantenvereinen, zu Hilfsorganen der Polizei werden, dann werden die Vereinsgesetze ihnen gegenüber mit derselben peinlichen Gewissenhaftigkeit — vergessen werden wie gegenüber den Kriegervereinen. Gleich diesen müssen sie bei den Wahlen gegen die Sozialdemokratie wirken, dann wird man ihnen bestätigen, daß sie keine Politik treiben, und ihnen gestatten, sich zusammenzuschließen und Verbände zu bilden, dann wird kein Polizist und kein Staatsanwalt für sie existiren, außer als Ehrengast auf ihren Stiftungsfesten, Fahnenweihen, Königsgeburtstagsfeiern und wie die Blüthen der höheren Vereinsmichelei sonst noch heißen mögen.

Ist eine unverschämtere Zumuthung denkbar? Seit Jahren bemühen sich die Arbeiterfachvereine auf's Peinlichste, den Vorschriften der, ohnehin einen Hohn auf den Begriff des Versammlungsrechtes bildenden Vereinsgesetze nachzukommen — vergebens, man löst sie auf, man chikanirt sie in der ungesetzlichsten Art und Weise. Und jetzt verlangt man gar noch von ihnen, daß sie sich selbst kastriren, das Recht ihrer Existenz dadurch erkaufen sollen, daß sie auf die Ursachen ihrer Existenz, auf Alles, was ihrer Existenz einen Werth verleiht, Verzicht leisten. Denn das Ausschließen und Bekämpfen der „Umstürzler" ist natürlich gleichbedeutend mit dem Verzicht auf den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen; das ist unter einem System, das den Normalarbeitstag als eine sozialdemokratische Umsturzforderung, das Unterschreiben einer Petition für Arbeiterschutzgesetze als politische Thätigkeit auffaßt, selbstverständlich. Handelte es sich blos um unsere Partei, um unser wirkliches sozialdemokratisches „Umsturz"-Interesse, so würden wir den deutschen Arbeitern nur anrathen, es auf einen Versuch ankommen zu lassen, aber wir wollen ihnen den damit verbundenen Verzicht auf Ehre und Gesinnung nicht zumuthen.

Nein, verehrter „Nahestehender", Sie kennen die deutschen Arbeiter schlecht, wenn Sie sich einbilden, daß sie auf solchen Köder anbeißen werden. So „mürbe" sind sie noch nicht, und so „mürbe" wird man sie mit allen Schandgesetzen der Welt nicht machen, auch wenn dieselben von der brutalsten Polizei gehandhabt und von dem korruptesten Richterstand durch Rechtsauslegung wohlthätig erweitert werden.

Was dem deutschen Bürgerthum, was der katholischen Kirche gegenüber gelungen ist, wird bei den deutschen Arbeitern nie und nimmer verfangen. Wenn Bourgeois und Pfaffe sich betrügen ließen, so thaten sie dies unter der Voraussetzung, die Kosten ihrer Kompromisse auf Andere abzuladen, Dritte um so mehr betrügen zu können; die Arbeiter aber wissen zu gut, daß Niemand als sie selbst die Betrogenen sein würden, Niemand als sie selbst die Kosten zu zahlen hätten, als daß sie versucht sein sollten, diese würdigen Vorbilder nachzuahmen. Mit allen Künsten einer verlogenen Dialektik wird man sie dazu nicht herumkriegen.

Wenn Ihr die Frechheit habt, den deutschen Arbeitern die englischen Gewerkschaften als Muster vorzuhalten, so habt auch den Muth, ihnen die englischen Freiheiten zu gewähren. Aber bedingungslos, wie sie den Engländern gewährt wurden. Wenn die englischen Gewerkschaften sich nicht an „staatsgefährlichen" Aktionen betheiligten, so übten sie diese Enthaltung aus freien Stücken, nicht weil es ihnen ein Polizeigesetz verbot; eine Lüge ist es aber, Herr „Nahestehender", zu behaupten, sie hätten sich „jeglichen Parteigetriebes" enthalten. Das „parlamentarische Komite" der englischen Gewerkschaften" ist der sprechendste Beweis dagegen. Oder ist die Wahrung der Arbeiter-Interessen im Parlament plötzlich kein „politisches Getriebe"? Wenn nicht, mit welchem Recht löst Ihr Heuchler dann die Fachvereine, die für Arbeiterschutzgesetze petitioniren, auf?!

Wenn Ihr die Frechheit habt, Euch auf die „von den übrigen Kulturstaaten unerreichten Sozialgesetze der Reichsregierung" zu berufen, woher denn die Furcht vor der Kritik derselben?

Man sollte es fast für unmöglich halten, aber unserem „Nahestehenden" erscheint es **„vielleicht als ein Fehler," „wenn die Regierung diesem Treiben** — nämlich das „Unzulängliche" (wörtlich) der „Sozialreform" darzuthun! **— nicht schärfer zu Leibe ging."**

Wie weit es Bonaparte in Frankreich mit der Korruption der Rechtsbegriffe auch gebracht, solche Leistungen waren der Schule des Begründers des glorreichen deutschen Kaiserreichs vorbehalten!

Sollen wir auch noch auf das Geschimpfe des „Nahestehenden" über die politische Stellung der Sozialdemokratie eingehen? Wir denken, es ist nach dem bisher Gezeigten nicht mehr nöthig. Mit Leuten, die das Festhalten an politischen Grundrechten als „Zopfthum" bezeichnen, diskutirt man ohnehin nicht.

Knebel und Maulkorb, Maulkorb und Knebel, das ist das A und O der preußischen Regierungsweisheit. Und so sollte es uns sehr wundern, wenn sie nicht schon in nächster Zeit die deutschen Arbeiter mit einem neuen Knebelparagraphen beglücken sollte, nur um ihnen — endlich ein „objektives Urtheil" über die Schlechtigkeit der Sozialdemokratie und die Vortrefflichkeit der „Sozialreform" beizubringen.

Wenn aber auch das sie noch nicht von ihrer Dummheit kurirt, was dann „Nahestehender"?

Was die Belgier antworten.

Von Genosse Ed. Anseele in Gent erhalten wir folgende Antwort auf den in Nr. 29 des „S. D." enthaltenen Artikel.

„Genossen! Die in der letzten Nummer des „Sozialdemokrat" enthaltene Korrespondenz über den Allgemeinen Streik in Belgien ist heftig und ungerecht. Wenn der Korrespondent in einigen Punkten von untergeordneter Bedeutung Recht hat, so beurtheilt er doch die Hauptfragen falsch.

Er sagt: Der von dem Generalrath der Arbeiterpartei gepredigte „allgemeine Streik" ist von demselben fallen gelassen, sogar bekämpft worden, und seinem Mangel an Muth zufolge schlug der „allgemeine Streik" fehl. Der Generalrath ist unfähig, eine große Volksbewegung zu leiten, und für viele Sozialisten handelte es sich vor allen Dingen darum, die Konsum-Genossenschaften zu retten.

Noch einmal, der Korrespondent beurtheilt die Situation falsch.

Es ist wahr, daß der Generalstreik von den Rednern der Arbeiter-Partei gepredigt worden war, aber nur als äußerstes Mittel.

Ueberall, in Artikeln und Vorträgen, wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß ein solcher Kampf nicht ohne eine starke Organisation und einen gemeinsamen Plan unternommen werden kann.

Die große Mehrheit der der Partei angehörigen Arbeitervereine hatten das so gut begriffen, daß sie den sofortigen Generalstreik verwarfen, und nur die große Mehrheit der Vereine des Hennegau erklärten sich dafür. Und dabei muß man wissen, daß die Arbeiter dieser Provinz nichts weniger als gut organisirt waren. Lange Jahre hindurch wurde unter den Bergarbeitern und der übrigen Arbeiterbevölkerung dieser Provinz eine eifrige Propaganda entfaltet, ohne daß man es zu einer ernsthaften Organisation brachte. Erst seit den März-Ereignissen des 1886 rafften sich die Geister auf und traten die Arbeiter in Masse den Arbeiterligas und Bergarbeiter-Unionen bei, aber viele zahlten die Beiträge nicht und die Mehrheit hoffte nahezu von heute auf morgen eine Verbesserung ihrer Lage durch diese Unionen, und hatten absolut keine Ahnung von den Schwierigkeiten eines Klassenkampfes wie der unsere.

Ungeachtet der gegentheiligen Entscheidung des Kongresses von Dampremy setzen sich die Bergarbeiter des Hennegau in Streik — selbst gegen den Rath Defuisseaux', der ihnen gerathen hatte, das Resultat des auf drei Wochen später anberaumten Kongresses der Fortschrittler abzuwarten. Ohne Losungswort, ohne Plan, ohne Organisation, ohne Heller und ohne Hoffnung beginnen sie den Streik. Da das Elend groß ist, so breitet er sich schnell aus und wird im Hennegau fast allgemein. Nun muß man aber wissen, daß dieser Streik dort ausbrach, weil die Erregung seit den Revolten des März 1886 und den auf dieselben folgenden grausamen Verurtheilungen noch groß war. Anderseits sind die Bergarbeiter und ein großer Theil der Metallarbeiter durch die Natur ihrer Arbeit in den Stand gesetzt, den Kapitalisten zu sagen: Helft uns, die Regierung zu zwingen, unseren Forderungen nachzugeben, oder wir ruiniren Euch!

In der That zieht ein allgemeiner Streik in den Gruben, Steinbrüchen, Koks-Oefen, Glasbläsereien und ähnlichen Industrien naturnothwendig den Ruin der betreffenden Industrien nach sich. Diese Gewißheit bestärkte die Bergarbeiter und die Metallarbeiter in ihrer Idee eines Generalstreiks, und sie, die stets ohne Organisation Streik machten — und fast nie Streiks gewonnen haben — fanden natürlich kein Hinderniß für den Streik darin, daß sie weder Widerstandskassen noch Kredit bei den Händlern hatten.

Bei den flämischen Arbeitern verhält sich dies ganz anders. Wir sind langsamer, aber praktischer, und so wollten denn auch die flämischen Arbeiter nicht einen Streik ohne Heller und eine Revolution ohne Einverständniß und ohne Waffen unternehmen, worin uns die Wallonen des Lütticher Gebietes Recht gaben.

Einmal der Streik ausgebrochen, was that der Generalrath? Mehrere seiner Mitglieder gehen, auf die Gefahr hin, Unannehmlichkeiten mit den Streikenden zu bekommen, die von den Leuten Defuisseaux's gegen

sie aufgehetzt waren, in ihre Mitte und halten Versammlungen ab. Der Generalrath der Partei, statt die Bewegung zu ermuthigen oder sie aufzuhalten, spricht sich persönlich gar nicht aus, sondern fragt alle nicht im Streik befindlichen Vereine um ihre Meinung an und läßt sie über die von der Partei in diesem großen Kampfe zu befolgende Haltung abstimmen.

Ich kann Euch bezeugen, daß die Arbeitervereine in Gent, in Brüssel, in Antwerpen und an allen anderen Orten diese wichtige Tagesfrage frei diskutirt und sich mit großer Mehrheit gegen die Theilnahme am Streik ausgesprochen haben.

Sollte sich der Generalrath nun für den Streik entscheiden, nachdem er wußte, daß ihm von der Partei keine Folge gegeben würde? Konnte er den Kampf, den die Streikenden führten, verurtheilen? Nein! Sage man, was man will, das Land war weder für einen ökonomischen Kampf wie der Generalstreik, noch für die Revolution, wenn der Streik erfolglos blieb, vorbereitet.

Der allgemeine Streik mißglückte, nicht weil es den Mitgliedern des Generalraths an Muth fehlte, sondern weil die Bewegung gegen den festen Willen der Majorität der zur Partei gehörenden Arbeitervereine unternommen wurde.

Ebensowenig wie man eine Revolution macht, macht man auch einen Generalstreik, und wenn der Generalrath sich für den sofortigen Kampf erklärt hätte, hätte er nur die Arbeiter niederwerfen und die Arbeiterbewegung auf lange Zeit von den Reaktionären ersticken gemacht.

Wir begreifen nicht, wie man uns des Mangels an Muth beschuldigen kann, wir glauben doch solchen bereits bewiesen zu haben.

Nein, Genossen, wir wollen nicht Alles preisgeben, um die Genossenschaften zu retten, wir halten zu denselben, weil sie eine Goldgrube für die Propaganda und ein wirksamer Hebel der Organisation sind; aber wenn sie die Mitkämpfer oder die Partei aufsaugen sollten, so würden wir keinen Augenblick zaudern, sie fallen zu lassen.

In der Hoffnung, daß diese Erklärungen, die nur die genaueste Wahrheit sind, den falsch urtheilenden Genossen die Augen öffnen mögen, grüßen wir Euch brüderlich und geben Euch die Versicherung, daß die belgischen Genossen unsere Sache nie verrathen und vor keiner noch so große Gefahr zurückschrecken werden, um dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen.

C. Anseele.

***

In gleichem Sinne spricht sich C. de Paepe in einer Zuschrift an uns aus. Er sagt unter Anderm:

„Was den Generalrath der Arbeiterpartei anbetrifft, der aus Delegirten der verschiedenen großen provinzialen Arbeiterfederationen zusammengesetzt ist, so hat er in dieser Sache nur die Beschlüsse des zu Ostern in Dampremy abgehaltenen Kongresses ausgeführt. Wenn er eingegriffen hätte, so hätte er seine Vollmachten überschritten, seinem Mandat zuwidergehandelt und würde sofort von der großen Mehrheit bekämpft und auf dem nächsten Kongreß zur Rechenschaft gezogen worden sein.... Alles was der Generalrath, nachdem der Streik einmal ausgebrochen, thun konnte, war, den Arbeiterorganisationen die Entscheidung überlassen, ob sie sich der Streikbewegung anschließen wollten oder nicht, und andererseits die Streikenden gegen die Angriffe der Bourgeoisie in Schutz nehmen, die Arbeitervereine intakt zu erhalten und so viel als möglich die Auflösung zu verhindern suchen. Das konnte der Generalrath thun und das hat er gethan in Bezug auf eine Bewegung, die gegen die Arbeiterpartei unternommen war und in der zusammenwirkten: 1) der Einfluß der Freunde Defuisseaux's, eines Ueberspannten, der gegen die Bourgeoisie, der er angehört und die ihn ausgeschlossen hat, erbittert, aber keineswegs Sozialist ist, 2) die natürliche Erhitzung durch Hunger und Elend, und 3) die Manöver der Provokationsagenten der Regierung.

Ich gehöre dem Generalrath nicht an, ebensowenig Bertrand, noch irgend einer der von früher her bekannten belgischen Sozialisten, mit Ausnahme Anseele's, der in demselben das vorgeschrittenste kommunistische Genter Element vertritt, und L. Verrycken, ein alter Anarchist, der denjenigen Bruchtheil der Anarchisten vertritt, der sich der Arbeiterpartei angeschlossen hat und den spanischen kollektivistischen Anarchisten entspricht, die zwar ihr Ideal einer, aus freien Gruppen zusammengesetzten Gesellschaft ohne Regierung und ohne Gesetze für die Zukunft festhalten, für die Gegenwart aber die Nothwendigkeit der Organisation der Arbeiter in Syndikatskammern, gewerkschaftlichen und selbst kooperativen Genossenschaften, sowie des politischen Kampfes einsehen. Meine Vertheidigung des Generalraths ist also durchaus unpersönlich, viele seiner Mitglieder sind mir ganz unbekannt, fast alle neu in der Bewegung, Arbeiter mit den besten Absichten. Außerdem bemerke ich noch, daß alles, was der Generalrath während der jüngsten Bewegung gethan, von seinen Mitgliedern einstimmig beschlossen war, und diese, gemäß der Organisation dieser Körperschaft, in beständiger Verbindung mit ihren Mandatgebern standen, da jeder im Kreise der Federation wohnt, die er vertritt.

Die Vorwürfe sind also lediglich an die Partei in ihrer Gesammtheit zu richten, oder besser an ihre Organisation, die dem Generalrath nicht die Befugniß zuerkennt, die erforderlich ist, um nach eigenem Ermessen in Bewegungen wie die jüngste einzugreifen. Die Organisation der belgischen Arbeiterpartei ist vielleicht nicht zentralistisch genug, ihre Statuten geben vielleicht dem Generalrath keine genügende Vollmacht, das sind Einwände, die sich hören lassen. Aber es muß auch gesagt werden, daß wenn die Statuten dem Generalrath zu große Befugnisse zuwiesen, die Partei vielleicht in Stücke zerfiele, und statt in ihrem Schooß alle oder fast alle Arbeitervereine des Landes zu umfassen, sie nur eines oder zwei der Elemente, aus denen sie sich zusammensetzt, in sich begreifen, nicht mehr die Arbeiterpartei, sondern eine Sekte sein würden, die je nachdem einen mehr oder minder revolutionären, mehr oder minder reformistischen, mehr oder minder schroffen oder mehr oder minder gemäßigten Sozialismus vertritt."

Zum Schluß beklagt es de Paepe, im „Sozialdemokrat", dem Organ der deutschen Sozialdemokratie, so entmuthigende Angriffe auf die Genossen des belgischen Generalraths zu finden, „Arbeiter, die zum größten Theil mit Aufopferung ihrer eigenen Existenz in den Generalrath eingetreten, auf die Gefahr hin, sich den Maßregelungen der Bourgeoisie auszusetzen, nicht aber erwarteten, von auswärtigen Sozialisten Rüffel zu erhalten, während sie nur ihre Pflicht gethan."

Darauf haben wir unserm werthen Freunde nur zu erwidern, daß der betreffende Artikel keineswegs die Meinung der Redaktion, sondern, wie ausdrücklich hervorgehoben wurde, nur die eines Einsenders wiedergab, der für sein, von dem der Redaktion abweichendes Urtheil um Aufnahme nachgesucht hatte. Ihm diese zu verweigern, lag umsoweniger ein Grund vor, als der Artikel, bei aller Schärfe der Kritik, doch durchaus unpersönlich gehalten war, der Schreiber — wirkliche oder vermeintliche — Fehler geißelte, aber durchaus nicht die Reinheit der Absichten der belgischen Genossen in Frage stellte. Unter solchen Umständen konnte die Aufnahme des Artikels nichts Verletzendes für unsere belgischen Genossen haben. Fehler kommen überall vor, sie offen zu diskutiren, um sie in späteren Fällen zu vermeiden, ist parteigenössische Pflicht. Das war wenigstens die Ansicht, die uns leitete, und wir würden es bedauern, darin von unsern belgischen Genossen, deren Freundschaft wir so oft zu schätzen Gelegenheit gehabt, mißverstanden worden zu sein.

Manifest

des

Zentral-Wahl-Komites der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

an die

Wähler des Deutschen Reiches.

(Fortsetzung.)

Die wahre Natur dieses Votums, welches, in Anbetracht der von den vereinigten Reaktionsparteien aufgewandten Mittel, eine schwere moralische Niederlage der Regierung bedeutete, wurde für den Moment dadurch dem Blicke verhüllt, daß die Regierung, obgleich sie bei einer gleichmäßigen Vertheilung der Mandate nach Zahl der abgegebenen Stimmen nur etwa 185 Mandate bekommen hätte, — also 14 weniger als die absolute Majorität — 220 Mandate bekam, keine erhebliche Majorität, aber immer eine Majorität, welche der Regierung für die nächsten drei Jahre die Erfüllung ihrer meisten „Lieblingswünsche" gewährleistet.

Wenn wir den ungeheuren Druck, welcher von und für die Regierungsparteien ausgeübt worden ist, erwägen — ein Druck, der nur bei den Napoleon'schen Plebisziten seines Gleichen gehabt hat und jedenfalls alles bisher in Deutschland Geleistete weit hinter sich läßt — so müssen wir uns wundern, daß den Regierungsparteien nicht eine größere Zahl von Wählern zugefallen ist.

Der deutschen Wählerschaft, die sich in ihrer — wenn auch nicht ausreichenden — Majorität inmitten des tollen, sinnverwirrenden Kriegslärms das ruhige Urtheilsvermögen bewahrt hat, kann dieses Resultat nur zur Ehre gereichen.

Daß die Regierungsparteien dessenungeachtet in dem Reichstag eine Majorität besitzen, das spricht nur für die Mangelhaftigkeit unseres Wahlsystems.

Noch greller erscheint das Mißverhältniß zwischen der Zahl der abgegebenen Stimmen und der Zahl der Mandate, wenn wir die einzelnen Parteien durchnehmen. Während z. B. die Sozialdemokraten bei 775,000 Stimmen nur 11 Mandate haben, sind die Deutschfreisinnigen, die nur wenige Tausend Stimmen mehr auf ihre Kandidaten vereinigten, durch 32 Abgeordnete im neuen Reichstag vertreten, so daß je ein sozialdemokratischer Abgeordneter auf 70,000, ein deutschfreisinniger auf 28,000 Wähler kommt, und somit ein sozialdemokratischer Abgeordneter zwei und ein halbmal so viele Wähler vertritt als ein deutschfreisinniger.

Wenn wir von den Kartellparteien absehen, so haben von den drei Oppositionsparteien zwei einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen: das Zentrum und die Sozialdemokratie, und eine, die deutschfreisinnige, einen Stimmenrückgang. Der deutschfreisinnigen Partei fehlt offenbar der nöthige taktische und prinzipielle Zusammenhalt. Bourgeoispartei gleich den Nationalliberalen, unterscheidet sich die Fortschrittspartei von diesen nur durch eine schärfere Betonung des wirthschaftlichen und politischen Liberalismus: des Manchesterthums und der bürgerlichen Demokratie. Die Tage des Manchesterthums und der bürgerlichen Demokratie sind aber vorüber, und es gebricht der deutschfreisinnigen Partei auch an der nöthigen Konsequenz, diese ihre Anschauungen rücksichtslos in die politische Praxis umzusetzen. Infolgedessen ist das, was die deutschfreisinnige Partei von den Nationalliberalen unterscheidet, wesentlich nur ein Moment der Schwäche und nicht der Stärke.

Wenn wir für die Stichwahlen zwischen deutschfreisinnigen und Regierungs-Kandidaten unseren Genossen den Rath ertheilt haben, unter gewissen Bedingungen für die Kandidaten der Deutschfreisinnigen zu stimmen, so leitete uns hierbei einzig die Rücksicht auf die Interessen unserer Partei und die freiheitliche Entwicklung unseres Vaterlandes. Als Vorkämpferin der Freiheit hatte unsere Partei die Pflicht, bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Kandidaten entweder Enthaltung zu üben oder in dem Fall, daß die Erwählung des einen Kandidaten für die Partei und das Vaterland einen Nutzen hat, diesen Kandidaten zu unterstützen. Die bei den letzten Wahlen gemachten Erfahrungen stellen uns indeß vor die Frage, ob die Erwählung eines freisinnigen Kandidaten gegenüber einem Regierungskandidaten überhaupt von Nutzen für unsere Partei und die freiheitliche Entwicklung unseres Vaterlandes sein kann.

Eine Partei, deren Mitglieder in Dutzenden von Orten gemeinsame Sache mit den Regierungsparteien gegen die Sozialdemokratie gemacht haben, kann unmöglich noch — selbst nur im bescheidensten Maße — als Hüterin des freiheitlichen Gedankens betrachtet werden. Ja, die deutschfreisinnige Partei kann kaum noch als ernsthafte politische Partei gelten, nachdem sie vor dem Ansturm der Reaktion auseinandergestoben ist wie Spreu vor dem Winde. Innerhalb der deutschfreisinnigen Partei wird dies auch von Manchen eingesehen und „eine Reorganisation auf Grund eines ächt demokratischen Programms" befürwortet.

Dies wird aber ein frommer Wunsch bleiben. Die Parteientwicklung und die Scheidung der Klassen ist in Deutschland soweit fortgeschritten, und das Programm der Sozialdemokratie genügt so vollständig den wirthschaftlichen und politischen Bedürfnissen des deutschen Bürgerthums, soweit es noch von demokratischen Ideen durchdrungen ist, daß neben der Sozialdemokratie sich kein Platz mehr für eine sogenannte bürgerliche Demokratie findet. Sind doch auch alle bisherigen Versuche, eine solche Partei zu gründen, in kläglichster Weise gescheitert.

Besser als die deutschfreisinnige Partei hat das Zentrum den Wahlkampf bestanden. Es hat im Wesentlichen seine Stellungen behauptet, und verglichen mit 1884, die Zahl seiner Wähler noch um 249,000 vermehrt — von 1,378,400 auf etwas über 1,627,000. Es erklärt sich dieses günstige Ergebniß einestheils aus der mächtigen Organisation der katholischen Geistlichkeit, auf welche das Zentrum sich stützt, andererseits aus seiner vorzüglichen, sich an jene Kirchenorganisation anlehnenden Parteiorganisation, und namentlich aus der trefflichen Organisation der ultramontanen Presse, die in den katholischen Gegenden Deutschlands der Regierungspresse erfolgreich Paroli bietet und sie sogar zu absoluter Einflußlosigkeit gebracht hat.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat keine Presse — all' ihre Parteiorgane sind durch das Sozialistengesetz zerstört worden — sie ist durch das Sozialistengesetz aller derjenigen Organisations-, Agitations- und Propaganda-Mittel beraubt, die zum politischen Kampf gehören und die allen übrigen Parteien, das Zentrum nicht ausgenommen, zu Gebot stehen — und dennoch hat die sozialdemokratische Partei in der letzten Wahl unter den Oppositionsparteien verhältnißmäßig bei Weitem den größten Stimmenzuwachs erlangt.

Sie ist von 550,000 (in runder Summe) auf 775,000 Stimmen gestiegen, was einen Zuwachs von über 225,000 Stimmen, oder mehr als 40 Prozent bedeutet, während die Zunahme des Zentrums nur 17 Prozent beträgt. Die Kartellparteien haben allerdings verhältnißmäßig noch mehr Stimmen gewonnen — die beiden konservativen Parteien (Konservative Partei und Reichspartei) zusammen gegen 55 Prozent und die nationalliberale Partei ungefähr 64 Prozent.

Allein dieser Stimmenzuwachs der Kartellparteien ist nur das Augenblicksprodukt der freventlich erzeugten Kriegsangst und der übrigen, auf gleicher sittlicher Höhe stehenden Wahlmanöver. Er bedeutet schon deshalb keinen Stärkezuwachs, weil die Kartellparteien nicht mit ihren reaktionären Programmen auf den Wahlplan getreten sind, sondern einzig und allein über die Frage abstimmen ließen:

Will das deutsche Volk den Krieg oder den Frieden?

Und die Wähler, welche für die Kartellparteien stimmten, gaben ihr Votum einzig und allein für den Frieden ab; und nicht für das Programm und die Prinzipien der Kartellparteien. Die Erhaltung des Friedens ist aber ein Ziel, welches auch wir erstreben.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 26. Juli 1887.

— **Wieder Einer!** Der Oberstaatsanwalt von Brüssel, Demaret, der sich anläßlich der vor- und diesjährigen Hungerrevolten in Belgien durch „staatserhaltenden" Geist und fanatische Verfolgungswuth auszeichnete und unter den belgischen Sozialistenfressern den obersten Rang einnahm, hat plötzlich abgesetzt werden müssen, weil dieser Vertheidiger der von den bösen Sozialdemokraten bedrohten Sittlichkeit durch das Geständniß eines Mitschuldigen überführt wurde, seit Jahren die ekelhaftesten und unnatürlichsten Verbrechen wider die Sittlichkeit (Päderastie und Sodomiterei) verübt zu haben!

Wir sind — und wiederholt haben wir uns nach dieser Richtung sehr deutlich ausgesprochen — keineswegs der Ansicht, daß eine Partei oder ein Stand für die Privatverbrechen von Personen, die ihr oder ihm angehört haben, verantwortlich zu machen sei. In jeder Partei und in jedem Stand kann es Lumpen und Schurken geben. Und es fällt uns z. B. nicht im Entferntesten ein, den Stand der Staatsanwälte im Allgemeinen dafür verantwortlich zu machen, daß so viele seiner Angehörigen sich als Lumpen, Schurken, ja gradezu als Verbrecher entpuppen, und daß er außerdem ein so unverhältnißmäßig großes Kontingent für das Irrenhaus stellt. Wir stehen sogar nicht an, zu behaupten, daß wir das Institut der Staatsanwaltschaft unter den heutigen sozialen Verhältnissen für unentbehrlich und den Beruf eines Staatsanwalts an sich für ebenso ehrenhaft halten, wie irgend einen anderen bürgerlichen Beruf. Ja, wir haben ideal angelegte Naturen gekannt, die mit wahrer Begeisterung in das Amt eintraten, welches die Bestrafung des Unrechts, die Geltendmachung des Rechts, und den Schutz der Unschuld zu seinem Zweck haben soll.

Sobald dieser Zweck aber umgebracht wird — sobald die Politik in die Justiz einbricht, und der Staatsanwalt zur Anfertigung von Tendenzprozessen gebraucht wird, deren Zweck es ist: das Recht zu bestrafen, das Unrecht zur Geltung zu bringen und die Unschuld zu verfolgen — hört es mit dieser Idealität des staatsanwaltschaftlichen Berufs auf. Der Staatsanwalt, der sich zu Tendenzprozessen hergibt, stellt sich von vornherein auf den Boden der Unsittlichkeit und Rechtlosigkeit; er tritt mit Füßen, was ihm heilig sein sollte — und aus einem Vertheidiger des Rechts wird er zu einem Henker des Rechts.

Wir wollen nicht so weit gehen, zu sagen: jeder Staatsanwalt, der politische Tendenzprozesse einleitet und führt, sei ein Schurke oder gar Verbrecher. Wir wissen sehr wohl, daß die Grenzlinie zwischen Recht und Unrecht nicht immer scharf abgezeichnet ist, und daß es sehr viele sonst ganz achtungswerthe Menschen gibt, die aus Gewohnheit, Denkfaulheit, Gleichgültigkeit Handlungen verüben, vor denen sie empört zurückschrecken würden, wenn sie sich der Verworfenheit dieser Handlungen bewußt wären. Allein solche „Milderungsgründe" können denen nicht zuerkannt werden, die mit Wollust, mit Raffinement, mit der Verfolgungswuth von Bluthunden sich in politische Tendenzprozesse stürzen und im Dienste verbrecherischer Machthaber das Recht und die Unschuld vergewaltigen. Zu einer derartigen Rolle geben sich nur Individuen her, die entweder — sei es von Haus aus, sei es durch Erziehung — einen abnorm schlechten Charakter haben oder an einer abnormen Hirnkonstruktion leiden — zwei Dinge, deren engen Zusammenhang die Wissenschaft ja enthüllt hat.

Es ist nicht Zufall, daß die hervorragendsten Demagogenverfolger der Metternich'schen Aera — die Kamptz und Tschoppe — das Zuchthaus streiften und im Irrsinn endeten; es ist nicht Zufall, daß der Mörder Weidig's, der infame Staatsanwalt Georgi, dem Säuferwahnsinn erlag; es ist nicht Zufall, daß die Staatsanwälte, welche nach der blutigen Maiwoche die gefangenen Kommunehelden den Standrechtkugeln überlieferten, fast ausnahmslos theils dem Zuchthaus, theils dem Irrenhaus verfielen; es ist kein Zufall, daß Frehse, der Mörder Lieske's, ins Irrenhaus gebracht werden mußte; es ist kein Zufall, daß der Leipziger Häntzschel schon an der Schwelle des Irrenhauses steht; es ist kein Zufall, daß der belgische Obersozialistentödter und Ordnungsritter Demaret als gemeiner Sittlichkeitsverbrecher seines Amts entsetzt werden mußte und ins Zuchthaus zu wandern hat.

Und es ist auch kein Zufall — um über die staatsanwaltliche Sphäre hinauszugreifen — daß so ziemlich ein jedes Individuum, das sich als Verfolger der Sozialdemokraten mit besonderem Eifer hervorthut, schließlich entweder ins Zuchthaus oder ins Irrenhaus wandert. Den Grund haben wir dargelegt. Es wäre aber recht praktisch, wenn Jemand, der die nöthige Zeit dafür hat, einmal eine detaillirte Statistik (mit Namen und Daten) sämmtlicher bekannter Ketzerrichter, Demagogenverfolger und Sozialistentödter (Staatsanwälte und andere Menschen) ausarbeitete, die ins Irrenhaus gebracht oder wegen gemeiner Verbrechen: Unterschlagung, Betrug, Diebstahl, Bestechung und Sittlichkeitsverbrechen der verschiedensten Art ins Gefängniß oder Zuchthaus gesteckt werden mußten.

Es liegt in der Natur der Dinge, daß eine Statistik, wie die von uns befürwortete, nicht leicht aufzustellen ist und auch nicht vollständig gemacht werden kann, weil die Ordnungsparteien, in deren Dienst diese Zucht- und Irrenhaus-Kandidaten gestanden haben oder stehen, ein sehr lebhaftes Interesse haben, die Schmach ihrer Vorkämpfer der Welt zu verbergen. Und an Mitteln der Vertuschung und des Todtschweigens fehlt es ihnen ja nicht. Immerhin wird sich eine Statistik herstellen lassen, welche ihren Zweck: die Moralität und Intelligenz der Verfolger unserer Partei zu beleuchten, genügend erfüllen wird. Also an's Werk! Die Redaktion des „Sozialdemokrat" ist bereit, mit Material auszuhelfen.

— **Im Pariser „Socialiste"** geht Paul Lafargue mit berechtigtem Spott gegen die Opportunisten und Geistesverwandte ins Gericht, die in ihrer keuschen Entrüstung Zeter und Mordio gegen den Boulanger-Kultus schreien, während sie selbst nichts weniger als tugendhafte Gegner des Personen-Kultus — siehe Gambetta — sind, ganz wie die Catone der „Kölnischen Zeitung" nicht genug über die Ovationen herziehen konnten, die einige Tausend Schwärmer dem Boulanger bei seiner Abreise aus Paris bereiteten, aber nichts dagegen haben, wenn deutsche Kriegervereinler vor jedem preußischen leeren Hofwagen sich begeistert auf den Bauch werfen. Auch ihnen und ihren Nachschwätzern gelten daher die Worte Lafargue's.

Derselbe schreibt:

„Die Opportunisten sprechen von Cäsarismus, und grade sie sind es, die Boulanger ausgespielt, der nur eine Minister-Null und Jedermanns Freund zu sein erstrebte.

Die Opportunisten sprechen von Cäsarismus — aber steht die Arbeiterklasse nicht voll und ganz unter der Herrschaft des Säbels? Lassen sich die Proletarier von Anzin, Decazeville, Vierzon oder Montluçon nur beikommen, sich zu rühren, und sofort eilen die prätorianischen Truppen der Bourgeoisie mit Säbel und Kanonen herbei und terrorisiren das Land.*)

Der Despotismus gegen die Arbeiter, das ist der gute Despotismus, der liberale Despotismus, den die Bourgeoisie gern sich entwickeln sieht, um die Proletarier in Unterthänigkeit zu erhalten — die Reaktionäre dagegen schreien nur aus Furcht über Cäsarismus, weil nämlich Boulanger den Radikalen spielt. Sie leihen diesem biedern Schleppsäbel, der die Radikalen ihre Begeisterung für ihn eines Tages theuer bezahlen lassen könnte, wohlwollend die schofelsten Absichten.

Aber während die Opportunisten schreien, bevor man sie noch schindet, organisiren sie selbst den Militärdespotismus. Am 14. Juli befand sich Paris im Belagerungszustand.... Warum? Um den alten Knicker Grevy und den Jobber Rouvier am Ruder zu erhalten. Die französischen Bourgeois sind unfähig, den Parlamentarismus herzustellen, diese eigentlichste Regierungsform der Bourgeoisie. Seit der Militärdiktatur Napoleons I. waren alle konstitutionellen Regierungen durch den Säbel-Despotismus eingeschränkt.

Louis Philipp, durch eine parlamentarische Revolution ans Regiment gekommen, eröffnete seine Regierung mit Metzeleien mitten in Paris. Die provisorische Regierung (von 1848) sorgt, ehe sie noch daran denkt, die Republik zu begründen, dafür, einen General an der Hand zu haben; sie läßt Cavaignac kommen, der sich im Juni seine Lorbeeren holt. Napoleon ahmt die Republikaner nach und holt sich aus Afrika die Schlächter, die er braucht, um Paris zur Ader zu lassen. Unsere heutigen Radikalen machen Boulanger den Hof, während sich die Opportunisten Galliset geschert haben, der ein halbes Dutzend Cavaignacs aufwiegt. (Wie wir aus einer andern Notiz des „Socialiste" ersehen, hat diese „Bestie, die selbst Thiers nicht auf das besiegte Paris loszulassen wagte", bei der Ordensverleihung vom 14. Juli das Kommandeurkreuz der Ehrenlegion erhalten. Daran hat natürlich kein Mensch etwas auszusetzen.

---

*) Man erinnere sich, mit welcher Wuth das „Journal des Debats" über Boulanger herfiel, als dieser gelegentlich des Streiks von Decazeville es in der Deputirtenkammer rühmend hervorhob, daß die nach Decazeville beorderten Truppen mit den Arbeitern fraternisirten, die selben nicht niederkartätschten. Und dieses würdige Organ einer Kotterie von Spekulanten, dem jede Regierung recht ist, welche die Interessen dieser Spekulanten schont, wird von einer großen Anzahl deutscher Blätter noch immer als republikanische Autorität zitirt. Red. d. Sozialdemokrat.

ewch nicht der demokratische Korrespondent der demokratischen „Frankfurter Zeitung". Red. d. Soz.)

Es ist eine Unmöglichkeit, mitten im Frieden einen Unterdrückungsmechanismus, wie die stehenden Armeen, einzurichten und aufrecht zu erhalten, ohne daß die politischen Parteien sich seiner bemächtigten, um ihn gegen ihre Widersacher auszuspielen.

Die Gefahr des Staatsstreich- und des Militär-Despotismus wird nicht eher aufhören, als bis die stehende Armee abgeschafft und die Volksbewaffnung durchgeführt sein wird."

Sehr richtig. Und die deutschen Tugendbolde haben am allerwenigsten ein Recht, über den Zäsarenkultus der Franzosen herzuziehen, da nirgends in der Welt der Säbel so unbestritten herrscht als in Deutschland.

— **Ein interessantes Schlaglicht** auf die Tendenzen der modernen wirthschaftlichen Entwicklung liefert ein an den Gemeinderath der Stadt Bern von einer Kommission desselben gerichteter „Bericht und Antrag über die Errichtung von Lehrwerkstätten". Während in einer ganzen Reihe von Geschäftszweigen das System der Lehrlings-Ausbeutung in einer Weise betrieben wird, daß von einer Ausbildung der Lehrlinge gar keine Rede ist, sondern nur Dressur auf bestimmte Arbeiten stattfindet, konstatirt der Bericht, daß in andern Geschäftszweigen unter dem Einfluß der modernen Hausindustrie Lehrlinge überhaupt kaum noch gehalten werden.

„In der Bekleidungsbranche insbesondere," heißt es da, „sind die Gebräuche des alten Handwerks, wonach Meister, Geselle und Lehrling in der gleichen Werkstatt arbeiteten, unter dem gleichen Dache wohnten, so viel als ganz verschwunden. Werkstätten bestehen nicht mehr oder höchstens noch für Reparaturen. Der Meister muß eine günstige Geschäftslage aufsuchen, einen hohen Miethzins bezahlen, und ist daher genöthigt, sich im Raume einzuschränken. Die Arbeiter leben für sich, oft weit vom Meister entfernt; wenn sie verheirathet sind, arbeiten sie im Kreise ihrer Familie. Die Arbeit wird, wo es sich thun läßt, nach Stück bestellt und geliefert, weshalb der Einzelne auch häufig für mehrere Meister arbeitet. Bei dieser Zersplitterung wird es dem Meister selbstredend schwer, Lehrlinge zu halten.

Im Schuhmachergewerbe ist der Meister deshalb nicht mehr in der Lage, dem Lehrling eine angemessene Beschäftigung geben zu können, weil die kouranten Artikel fast überall durch Fabriken mit Maschinenbetrieb geliefert werden und der Meister sich auf die Verfertigung schwierigerer Arbeit verlegen muß, die sich nicht für Lehrlinge eignet. Der Schreinerlehrling sodann lernt beim Meister gewöhnlich zu wenig, weil das Lehrgeld nicht groß genug ist, um den Meister zu veranlassen, den Lehrling gehörig in den Beruf einzuführen. Der Junge wird häufig nur zu untergeordneten Verrichtungen gebraucht. Und in der Metallbranche fehlt es den jungen Leuten in der Regel an der nöthigen Vorbildung, um sich einem bestimmten Beruf mit dem wünschbaren Erfolg widmen zu können. Ueberall wirken auch die durch die veränderten Verhältnisse bedingten höheren Anforderungen lähmend auf das Lehrlingswesen ein. Dazu geht dem Meister häufig die Gabe der Mittheilung ab."

Das Letztere dürfte wohl gewöhnlich dann der Fall sein, wenn „das Lehrgeld nicht groß genug ist", mit welcher Ausrede die biedern Schreinermeister sich entschuldigt zu haben vermeinen. Auch ist nicht Jeder Meister in seinem Geschäft, der sich Meister schimpft. Denn dazu gehört nicht, daß man früher einmal „ausgelernt" und womöglich die Komödie eines Zunftexamens mitgemacht hat, sondern daß man beständig auf der Höhe der Technik des betreffenden Berufes geblieben ist. Und das ist bei der weitgehenden Spezialisirung der Betriebe bei den Wenigsten der Fall.

Insofern ist die Forderung der Errichtung von Lehrwerkstätten durchaus zweckmäßig, wie diese ja auch in umfassendster Weise in den Systemen der alten Kommunisten vertreten sind. Die vielverlästerten Utopisten haben in solchen Detail- und Fachfragen oft einen ganz außerordentlich scharfen Blick an den Tag gelegt. Den Lehrwerkstätten liegt ein durchaus moderner Gedanke zu Grunde, und können wir nur wünschen, daß sich dieselben bald verallgemeinern mögen. Wenn aber die Kommission sich von der Einführung der Lehrwerkstätten „eine Wendung zum Besseren für das ganze Handwerk" verspricht, so ist sie mit diesem Optimismus sehr auf dem Holzwege. Der Rückgang des Handwerks ist zu weit geringerem Theil auf sachlichen Bildungsmangel zurückzuführen als auf ökonomisch-soziale Ursachen, die durch Lehrwerkstätten allein nicht beseitigt werden.

— **Das mächtige Wachsthum der Sozialdemokratie** in der „Reichshauptstadt" Berlin liegt unseren Reaktionären aller Schattirungen schwer im Magen. Wenn hier, in dem Macht- und Glanz-Mittelpunkt des großmächtigen „Deutschen Reiches" Bismarck'scher „Schöpfung", die Partei der prinzipiellen und folglich intransigenten „Reichsfeinde" lawinenartig anschwillt, so ist das allerdings ein sehr bedenkliches Zeichen — ein memento mori, so flammend und so deutlich, daß auch das blödeste Auge es erkennen muß.

Wegzuleugnen ist die Thatsache nicht; auch nicht wegzulügen. Die Ziffern der Wahlstatistik sprechen mit Stimmen, orkangewaltig wie die Posaunen des jüngsten Gerichts.

Was sollen die elenden Schönfärber und Lobredner des herrschenden Systems da thun?

Sie sind am Ende ihres Lateins. Sie sehen vor sich einen Feind, den zu bekämpfen, den zu überwinden sie sich unfähig fühlen.

In ihrer Verzweiflung packen sie nach dem Strohhalm einer Möglichkeit, die ihre überreizte Phantasie ihnen vorgaukelt — nach der Möglichkeit, daß die Sozialdemokratie, welche durch ihre Feinde nicht besiegt werden kann, einen Selbstmord begehen und ihnen den Gefallen thun werde, sich in zwei feindliche Hälften zu theilen, die, gleich den zwei Löwen der „Fliegenden Blätter", wuthentbrannt einander aufzehren.

„Die Berliner Sozialdemokratie ist gespalten, und so groß ist der gegenseitige Haß, daß eine Wiedervereinigung der getrennten Glieder nicht mehr zu erwarten ist" — so lautet das neueste Märchen, welches unsere Reptilienpresse zu ihrem eigenen Troste und zur Beruhigung ihrer Lösergläubigen Leser erdacht hat.

Und worauf gründet sich das liebliche Märchen?

In Berlin soll ein sozialdemokratisches Wochenblatt gegründet werden.

Und diese einfache Thatsache hat folgenden riesigen Phantasiebau zu tragen:

Daraus, daß ein sozialdemokratisches Wochenblatt gegründet werden soll, erhellt, daß in Berlin Sozialdemokraten sind, denen die Haltung des „Berliner Volksblatt" mißfällt. Dies Mißfallen würde nicht bis zur Gründung eines Konkurrenzunternehmens gehen, wenn die „Spaltung" nicht schon einen ernsten Charakter angenommen hätte; und wenn einmal die Spaltung innerhalb einer Partei einen ernsten Charakter angenommen hat, so ist das Schicksal der gespaltenen Partei besiegelt, eilt sie unaufhaltsamem Verfall entgegen.

Sehr wahr, Ihr Herren! Und es wäre gut, wenn Ihr Euch an der eigenen Nase zupftet und z. B. die heitere Polemik zwischen „Nationalzeitung", „Post", „Norddeutscher Allgemeinen" und „Kreuzzeitung", also zwischen Kartellbrüdern, in den Kreis Eurer Betrachtungen zöget.

Doch einerlei:

Sehr wahr!

Schade nur, daß die Umstände, welche zu dem Plan der Gründung eines sozialdemokratischen Wochenblattes in Berlin geführt haben, rein privater Natur sind und mit „Prinzipien" auch nicht das Mindeste zu thun haben.

Und damit fallen alle kassandrischen Schlußfolgerungen, und wären sie auch noch so scharfsinnig und noch so gut gemeint, ohne Gnade zu Boden.

— **Aus Anlaß der Berliner Verhaftungen** schreibt uns einer unserer bewährtesten Genossen aus Deutschland:

Eine Bemerkung glaube ich bei dieser Gelegenheit nicht unterdrücken zu sollen. Die sogenannten „Geheimbundsprozesse" — und auf einen solchen zielen offenbar auch die neuesten Berliner Verhaftungen hin — sind in jüngster Zeit sehr häufig geworden. Der Thatbestand war regelmäßig gleich Null — eine Verurtheilung blos möglich auf Grund der nichtswürdigen Reichsgerichts-Jesuiterei, welche das Freiberger Schandurtheil vorbereitete und ermöglichte. Von einem „Geheimbund" im Sinne des gewöhnlichen Sprachgebrauchs, d. h. von einer Geheimorganisation zum Zweck einer revolutionären Aktion ist nirgends eine Spur zu entdecken gewesen, und eine derartige Organisation ist überhaupt in Deutschland nicht vorhanden. In jedem Fall hat es sich um einfache Zusammenkünfte gehandelt, von denen man die Polizei nicht in Kenntniß setzte — erstens weil die Polizei nicht Alles zu wissen braucht, und zweitens weil man von ihr nicht gestört, oder richtiger nicht am Zusammensein gehindert sein wollte.

Nun denn. Aus den Verhandlungen aller bisherigen Geheimbundsprozesse ist hervorgegangen, daß die Zusammenkünfte, welche das Anklagematerial bilden, nichts weniger als „geheim" waren, und daß die Polizei gradezu blind hätte sein müssen, um nicht von der Existenz dieser Zusammenkünfte unterrichtet zu sein. Wo Dutzende von Personen zusammenkommen, kann von einem Geheimniß nicht die Rede sein. Man studire doch nur die Geschichte der französischen und italienischen „geheimen Gesellschaften". Solche Zusammenkünfte haben alle Nachtheile der geheimen Gesellschaften, ohne deren Vortheile. Das heißt: im Fall der Entdeckung strenge Strafe und — die Entdeckung sicher.

Man mißverstehe uns nicht. Wir wiederholen ausdrücklich: es gibt keine geheimen Gesellschaften in Deutschland — wenigstens nicht im Schooße der deutschen Sozialdemokratie.

Aber wir haben korrupte Richter, welche Geheimbundsprozesse auch ohne geheime Gesellschaften in Szene setzen können.

Und die Brotgeber dieser korrupten Richter haben jetzt in Deutschland das Regiment.

Sollte es so schwer sein, diesen korrupten Richtern und ihren Brotgebern, wenigstens in puncto der „Geheimbundsprozesse, das Geschäft zu verderben?

— **„Herbert Bismarck** geht in die Sommerfrische", das ist eine der neuesten Nachrichten, welche der offiziöse Telegraph uns hinausgeblitzt hat. What is Hecuba to me? Wer und was ist Herbert Bismarck? Des Bismarck Sohn. Apropos, wie kommt es doch, daß die verunglückten Söhne von „großen" Staatsmännern immer „Herbert" heißen? Auch Gladstone's ältester Junge und Schreckenskind heißt Herbert. Es scheint doch etwas im Namen zu liegen. Nomen et omen. Vermuthlich wird der offiziöse Telegraph nächstens der staunenden Welt melden, daß der Reichshund Tyras durch eine Magenüberladung verhindert worden ist, in die Sommerfrische zu gehen. Für die Weltgeschichte ist das eine genau so wichtig wie das andere. Inzwischen denkt Bismarck Vater irgendwo darüber nach, welch kolossaler Esel er gewesen, als er vor vier Jahren durch das bekannte „geniale" Börsenmanöver neun Zehntel aller Staatspapiere des bankrotten Rußland den biederen deutschen Reichsbürgern aufhalste, und als er ein Jahr später in Skierniewice, durch seinen krautjunkerlichen Polenhaß verleitet, in die Austreibung der polnisch-russischen Unterthanen willigte.

Jetzt sitzt er in der Falle. Jeden Krieg, welchen Rußland führt, muß Deutschland bezahlen, und jeder Versuch Deutschlands, sich den russischen Bärentatzen zu entwinden, kostet zweitausend Millionen Mark.

Und für jeden polnisch-russischen Unterthan, den „wir" aus Deutschland ausgewiesen haben, weisen die Russen drei Deutsche aus Rußland aus und rufen uns höhnisch zu: „Ihr habt's ja so haben wollen, und habt den Anfang gemacht. Wie Du mir, so ich Dir. Was dem Einen recht ist, ist dem Anderen billig."

Nicht wahr, ein verteufelt „genialer" Staatsmann, dieser Kanzler Eisenstirn?

Und — am Ende ist der Herbert Bismarck doch nicht aus der Art geschlagen.

— Auch der **Leipziger „Beobachter"** ist **verboten** worden. Grund: Sparig soll in den Landtag gewählt werden. Das Verbot wurde durch sieben Polizisten überbracht. Sieben ist bekanntlich eine heilige Zahl, und die heilige Hermandad hat in Folge ihrer Heiligkeit eine natürliche Vorliebe für alles Heilige. Die sieben Polizisten überbrachten aber nicht nur den kreishauptmännischen Ukas und sorgten außerdem nicht nur für die Beseitigung der — nicht mehr vorhandenen Nummern, sondern sie schrieben sich auch die Namen und das „Personale" aller in der Druckerei, Expedition und Redaktion beschäftigten Personen auf. Vermuthlich denkt „man" an eine Massenausweisung, oder will wenigstens den Glauben an eine solche erwecken. Das Spaßhafte ist blos, daß es naive Grünlinge gibt, die meinen, mit solchen Mittelchen etwas ausrichten zu können.

— **Die großen Impulse.** Bei Besprechung des ihr recht fatalen Merseburger Wahlergebnisses (der Deutschfreisinnige Panse schlug den Bismärcker mit 3000 Stimmen) kommt die „Norddeutsche Allgemeine" zu der trostreichen Entdeckung, daß die Nachwahl blos deshalb für die braven Kartellbrüder schief gegangen sei, weil es an den „großen Impulsen" gefehlt habe, welche der Hauptwahl am 21. Februar ihren glorreichen Charakter verliehen. Nun wissen wir auch, welche Namen Lug, Betrug, Schwindel, Fälschung, Bestechung, Einschüchterung, Vergewaltigung im offiziösen Jargon führen — es sind „große Impulse". Die „großen Impulse" des Pindter-Bismarck'schen Organs sind aus demselben Holze geschnitzt wie die „großen Gesichtspunkte" des Schmalschädlers Putty, welche in der gewöhnlichen Sprache: Polizei, Spitzelei, Stieberei, Denunziation, Provokation u. s. w. heißen.

— Wir erhalten **aus Deutschland** folgende Zuschrift:

Vor einigen Wochen durchlief sämmtliche reaktionären Blätter Deutschlands (und wie wenige gibt es, die nicht dazu gezählt werden müssen!) die Notiz, daß über das Geschäft eines ehemaligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten der Konkurs verhängt worden sei. Natürlich war diese Notiz gewöhnlich auch mit beißenden Nebenbemerkungen gewürzt.

Wer nun, wie Schreiber dieses, den Betreffenden persönlich als das Muster eines fleißigen, äußerst anspruchslosen und intelligenten Mannes kennt; wer ferner weiß, wie beliebt derselbe persönlich in seinem Wahlkreise ist, muß von dieser Nachricht schmerzlich berührt und, wenn er unserer Partei angehört, auf's Tiefste beschämt werden.

Die Parteigenossen einer Stadt, wo der Mann fast die Hälfte aller abgegebenen Stimmen erhalten und vor 2 Jahren in der Stichwahl nur um hundert und einige Stimmen im Rückstande geblieben, sind nicht Mannes genug, denselben in einem Geschäftszweig — Viktualien und Materialwaaren —, welchen jeder Arbeiter in Anspruch nehmen muß, geschäftlich über Wasser zu halten.

Gleiche und ähnliche Fälle liegen zu hunderten vor, doch dieser eine genügt.

Ein Arbeiter macht sich durch sein Eintreten für die Sozialdemokratie als Lohnarbeiter unmöglich, wird gemaßregelt, gründet ein selbständiges Geschäft und wird von den Genossen im Stich gelassen.

Machen wir es uns doch klar, daß das Wort von Johann Jacoby heute noch gilt: „Wage eine freie Meinung, welche der herrschenden Richtung widerspricht, und du bist ein geächteter Mann."

Ein Geschäftsmann, welcher sich offen zur Sozialdemokratie erklärt und für sie öffentlich eintritt, verliert sofort sämmtliche Beamten und sonst vom Reich, vom Staat, von den Kommunen oder von größereren Etablissements abhängigen Personen als Kunden, und das sind eine Legion. Dann sämmtliche wohlhabenden Bürger nebst ihrem Komptoir- u. s. w. Personal. Natürlich allen voran auch die Zünftler, Oekonomen und Bauern. Es bleiben also nur die Arbeiter übrig. Doch auch hier gehen noch die Erzkatholiken und Kriegervereinler ab.

Nun kommt der Einfluß von oben, den mißliebigen „Sozialistenführer" kaput zu machen.

Die Reptilien hetzen gegen ihn. Verlogene Bemerkungen, offene Hinweisungen derselben unterstützen die Versuche der „Brodherren", die Arbeiter von ihrem „Führer" abzureißen. Denn die Arbeiter sind ja die von den Hetzern „Verführten". Der Hauswirth muß schon ein finanziell und geschäftlich unabhängiger Mann sein, der einen „Sozialistenführer", welcher in seinem Hause ein Geschäft betreibt, nicht ausziehen lassen muß.

Hypothekengläubiger, polizeiliche Chikanen — wer kennt sie nicht?

Alle diese Ausrottungsversuche sozialdemokratischer unabhängiger (?) Existenzen werden von speichelleckerischen Liebedienern im Arbeiterstande unterstützt. Wer die täglichen Dornenstiche dieser Art durchgemacht, wird mir beistimmen, wenn ich eine solche Existenz ein Martyrium nenne. Von Vorwürfen innerhalb der Familie ganz zu schweigen. Dem Sohn sind die Thüren verschlossen, die Tochter bekommt, soweit es sich um den mittleren Bürgerstand handelt, nur schwer einen Mann.

Wäre es bei solchen Umständen nicht Pflicht eines jeden bewußten Genossen, dafür einzutreten, solche „unabhängige" Existenzen zu erhalten? Denn wer soll bei öffentlichen Angelegenheiten aller Art für unsere Sache öffentlich eintreten? Der Lohnarbeiter selbst kann es bekanntlich fast nie.

Jedoch was geschieht statt dessen? Der geschilderte Fall beweist es, steht aber leider nicht vereinzelt da.

Parteigenossen aller Orte, bedenkt: Die Ausbreitung unserer Partei hängt vielfach davon ab, daß wir „unabhängige" Männer an unserer Spitze haben.

Oeffentliche Erklärungen erlassen, Annoncen mit ihrem Namen inseriren, Versammlungen anmelden und abhalten u. s. w. können meist nur Solche.

„Wenn wir nur einen unabhängigen Mann unter uns hätten!" hört man an vielen Orten von unseren Leuten sagen, und dabei lassen sie selbständige Geschäftsleute, z. B. Schuhmacher, Schneider, Barbiere, Materialwaarenhändler u. s. w. zu Grunde gehen. Das ist eine große Schande für uns.

Parteigenossen! Laßt uns fest zusammenhalten und laßt es uns als unsere Pflicht ansehen, unsere Parteigenossen wirthschaftlich zu unterstützen und zu halten und, wenn's sein kann, nur bei Parteigenossen zu kaufen und zu verkehren. Die Schläge, die unsere Vorkämpfer treffen, treffen auch uns."

Soweit die Zuschrift, die sicherlich sehr viel Wahres und Beherzigenswerthes enthält. Hat auch der Geschäftsverkehr aus Parteirücksichten seine Schattenseiten, die nicht verkannt werden sollen, so kann doch durch Zuwendung der parteigenössischen Kundschaft manche Maßregelung weit gemacht werden.

— **Späte Erkenntniß.** „Gegen die die Gesellschaft fortwährend bedrohenden und unterwühlenden Gefahren von Seiten des Nihilismus, der Anarchie und der Sozialdemokratie kann mit Aussicht auf Erfolg nur angekämpft werden, wenn Staat und Kirche Hand in Hand in Hand gehen."

Also zu lesen im „Leipziger Tageblatt" vom 1. Juli des Jahres 1887. — Der Leipziger „Volksstaat", Organ der Sozialdemokratie, schrieb mutatis mutandis*) genau dasselbe schon im Jahr — 1873, also vierzehn Jahre früher, und sagte damals voraus, daß die Posse des Kulturkampfs aufhören werde, sobald Staat und Kirche der sozialdemokratischen Bewegung gegenüber sich ihrer reaktionären Solidarität und ihrer Ohnmacht bewußt würden. Das deutsche Mast- und Spießbürgerthum brauchte sonach fast ein halbes Menschenalter, um eine Wahrheit zu begreifen, welche die deutschen Sozialdemokraten gleich beim Anfang des „Kulturkampfs" begriffen hatten. Wir erwähnen der Sache nur als eines neuen schlagenden Beweises für die Begriffsstützigkeit unserer modernen Bourgeoisie.

— **Es lebe der Wahnsinn!** In Hof in Bayern sind 18 Personen, meist Arbeiter, denunzirt und unter Anklage gestellt worden, weil sie bei einem auf den wahnsinnigen König Otto ausgebrachten Hoch sitzen geblieben waren. Und da gibt es noch Leute, die den Fortschritt leugnen! Was war Rom in der Zeit der Nero und Caligula gegen das herrlich errichtete neudeutsche Kaiserreich! Den genannten Zäsaren, die in gleicher Weise unbedingte Verehrung verlangten, war wenigstens ihre außergewöhnliche Machtstellung in den Kopf gestiegen, hier aber handelt es sich um einen notorisch unheilbaren Verrückten, einen verthierten Idioten — und doch Majestätsbeleidigung! Da möchte man in der That verrückt werden.

— **An die Adresse der Londoner „Arbeiter-Zeitung".** Auf eine in Nr. 29 unseres Blattes enthaltene Beantwortung einer agressiven Notiz der Londoner „Arbeiterzeitung" widmet uns das genannte Blatt in seiner neuesten Nummer eine — Briefkastennotiz, in der es unter Anderm von „Knebelungsparagraphen für solche Schreier, wie wir nun einmal sind", spricht. Wir bedauern, in einem Arbeiterblatt einer Form der Polemik zu begegnen, wie sie sonst nur gewissen Winkeljournalisten eigen zu sein pflegt, die sich berufen fühlen, alle Welt anzurempeln, aber sofort über Verfolgung schreien, wenn sich die Angerempelten einmal zur Wehr setzen. Der neuerdings uns gegenüber in der Londoner „Arbeiterzeitung" angeschlagene Ton befremdet uns um so mehr, als sich dieselbe sicherlich nicht über mangelndes Entgegenkommen unserseits zu beschweren Ursache hat. Wir gehen aber wohl nicht fehl, wenn wir diese veränderte Haltung auf das Betreiben einer bestimmten Persönlichkeit zurückführen, die in ihrer bisherigen, recht wechselvollen Laufbahn zwar alle möglichen schätzbaren Eigenschaften an den Tag gelegt hat, nur eben nicht diejenige, die zu Vorlesungen über männliches und charakterfestes Auftreten berechtigte.

*) Mit Berücksichtigung der für den Vergleich unwesentlichen Verschiedenheiten.

Wir haben die Nr. 19 der **„Autonomie"**, die die „Rechtfertigung Peukerts" enthalten soll, **noch immer nicht erhalten.** Aus Bern, wohin wir uns zu diesem Behufe gewendet, erhalten wir die Antwort, sie sei „noch nicht erschienen". Das stimmt aber nicht, in London muß sie bereits am 17. Juli bekannt gewesen sein. Für diesen Widerspruch sind nur zwei Erklärungen möglich: Entweder ist die für das Festland oder mindestens die Schweiz bestimmte Sendung auf irgend welche Weise „verschwunden", oder man hat ein Interesse daran, uns möglichst lange hinzuhalten. Jedenfalls sind wir auf diese Weise gezwungen, noch weitere acht Tage mit der versprochenen Analyse des Peukert'schen Romans zu warten. Bis dahin wird man wohl aus London selbst wenigstens die unauffindbare Nummer erhalten können.

Um jedoch Reuß-Peukert für das ihnen zweifelsohne unerwünschte Warten einigermaßen zu entschädigen, lassen wir hiermit zwei Stellen aus einem Brief folgen, den John Neve am 14. Jan. d. J. über den Reuß-Peukert'schen Besuch an Viktor Dave schrieb. Der Brief hat der Londoner Untersuchungskommission im Original vorgelegen.

Neve schreibt da:

„Der lange Joseph .... kam nicht allein, sondern der elendige R. war bei ihm.... Wie ich mit dem Kerl verfahren bin, kannst Du Dir denken, ich sagte ihm wörtlich Folgendes: Für mich bist Du ein charakterloser Mensch und ein Lügner, und wenn Du gekommen bist, um im Trüben zu fischen, thust Du besser, so schnell wie möglich Dein Retourbillet zu lösen ..."

„Dieser Besuch hat aber ein Nachspiel gehabt. Wie ich letzten Samstag mit dem Nachtzuge nach Vero. fuhr, wurde ich polizeilich bis am Bahnhof verfolgt; in V. angekommen, erfahre ich, daß Bertrand, den ich persönlich nicht kenne, an Blauvalet, Redakteur des „Avenir" in Lüttich, ein Telegramm, wohl gemerkt, folgenden Inhalts schickte: „Der ..... (meinen richtigen Namen nennend) soll nicht nach D. gehen, man wartet auf ihn." Dieser schickte dasselbe Telegramm an F. in V., und dieser schickte seinen Jungen mit der Neuigkeit zum D. Ich reiste natürlich nicht und kehrte hier unbeanstandet zurück. Wie ich am Montag Morgen zur Arbeit ging, war mein Logis mit Polizei besetzt, jetzt weiß ich, daß die schon die ganze Nacht dort Posten gestanden und bis heute noch dort sind. In dem Augenblick, wo ich dieses schreibe, fehlt mir noch jeder Anhaltspunkt, nur weiß ich, daß auch in Brüssel die Nordstation überwacht wird. Du kannst Dir denken, daß mir allerlei Gedanken durch den Kopf schwirren, und werde mein Möglichstes thun, um mir Auskunft zu verschaffen; suche Du doch ja zu erfahren, ob Peukert und Reuß am Dienstag wieder in London waren, d. h. letzten Dienstag vor 8 Tagen (4. Jan.) Mit Bertrand wird nächstens ein Genosse sprechen."

Was für Gedanken Neve durch den Kopf schwirrten, liegt auf der Hand. Und man muß wirklich polizeiwidrig (oder polizeimäßig?) naiv sein, in dem Zusammentreffen all' dieser Vorgänge einen bloßen Zufall zu sehen.

Wie Bertrand dazu kam, Neve zu warnen, darüber später.

Genug, Neve war gewarnt, und wenn die Polizei trotz aller Machinationen schließlich doch den Falschen erwischt hat (wie die Zeitungen berichten, stellt der jetzt Verhaftete entschieden in Abrede, mit Neve identisch zu sein), so können wir ihr und ihren Helfershelfern dazu nur gratuliren. Die Niedertracht der Verrätherei wird darum nicht geringer.

Korrespondenzen.

Königsberg. Wie ein Blitz verbreitete sich am Nachmittag des 2. Juli die Trauerkunde durch unsre Stadt: „Godau ist todt," und am Abend eilten viele Arbeiter, die an diese Nachricht nicht glauben wollten, nach der Wohnung des Verstorbenen, um mit Thränen in den Augen zu erfahren, daß sie es dieses Mal mit der Wirklichkeit und nicht mit einer Lüge, wie sie während der letzten Wahl von den Gegnern ausgestreut wurde, zu thun hatten. Die Polizei erkundigte sich schon Sonntags in aller Frühe durch den Revierschutzmann bei der Frau des Verblichenen, wann das Begräbniß stattfinden sollte, und wurde ihm die Antwort: Mittwoch Nachmittags 5 Uhr. Nebenbei wollte der betreffende Herr auch im Vertrauen mitgetheilt wissen, wer jetzt die Leiter der Partei seien, der Herr Polizeirath wünsche mit ihnen über das Begräbniß zu sprechen (sonst nichts?). Leider konnte ihm hierauf keine Antwort gegeben werden. Die Polizei hatte beschlossen, bei dem Begräbniß ihre ganze Macht zu zeigen, und so prangten denn am Dienstag Nachmittag an den Straßenecken Plakate, worin jede Betheiligung an dem Begräbniß Godau's auf Grund des Sozialistengesetzes untersagt war. Eine ungeheure Erregung bemächtigte sich der ganzen Einwohnerschaft Königsbergs. Zähneknirschend standen die Arbeiter vor den Plakaten. Inzwischen liefen im Trauerhause, als Zeichen der Liebe und Achtung, welche der Verstorbene genossen, eine Menge der prächtigsten Blumenkränze mit Schleifen ein. Die Genossen aus Insterburg, Elbing, Gumbinnen, Danzig u. s. w. hatten ebenfalls Kränze gesandt. Die Zahl derselben wird sich mit den aus Königsberg von Werkstätten, Vereinen und einzelnen Personen eingegangenen auf zirka 40 belaufen haben. Von den Inschriften, welche sich auf den Schleifen befanden, seien folgende erwähnt:

Ungenannt.

Du warst getreu bis in den Tod.

In dankbarer Erinnerung.

Die Ueberzeugung ist des Mannes Ehre,
Ein golden Vließ, das keines Fürsten Hand
Und kein Kapitel, um die Brust ihm hängt.
Die Ueberzeugung ist des Kriegers Fahne,
Mit der er fallend nie unrühmlich fällt!
Der Aermste selbst, verloren in der Masse,
Erwirbt durch Ueberzeugung Adel,
Ein Wappen, das er selbst zerbricht und schändet,
Wenn er zum Lügner seiner Ueberzeugung wird.

Aus Insterburg.

Viel Samen hast Du gesäet:
Der Samen bringt gute Frucht.

Dein Mund schweigt,
Deine Gesinnung lebt in uns weiter.

Dem Kämpfer für Freiheit, Gleichheit und Recht,
A. Godau.

Jetzt ruhst Du edler Vorkämpfer unserer Zukunft.

Dem Kämpfer für Wahrheit und Recht
Schlossermeister August Godau.

Wir wünschen aus Freundesherzen
Dir Deine wohlverdiente Ruh';
Unser Vorbild sei Dein Angedenken,
Und kämpfend sterben wollen wir wie Du.

Hunderte von Personen drängten sich in die Wohnung unseres todten Freundes, um wenigstens noch den geschlossenen Sarg in Augenschein zu nehmen. Unter den vielen Personen, welche der Frau des Verstorbenen ihr Beileid auszudrücken gekommen waren, befand sich auch Herr Kriminalkommissarius Böttcher, derselbe Herr, welcher während der Wahlzeit, ohne irgend welchen richterlichen Befehl, mit seinen zwei Spießgesellen Nachts in die Wohnung Godau's eindrang, um ihn wegen eines harmlosen Flugblattes zu behausuchen und zu verhaften. Sein Auftreten hierbei glich mehr dem eines wild gewordenen Stieres als dem eines vernunftbegabten Menschen. (Obgleich hier eine Gesetzesverletzung vorlag, und zwar im schwersten Maße, hat die Staatsanwaltschaft bis heute trotz gestellten Strafantrages noch keine Anklage erhoben.) Dieser Auswurf der Menschheit wagte es, der Frau in ihrem Schmerze noch die Schmach anzuthun und ihr sein Beileid auszudrücken, freilich um dann hinterher mit derselben einfältigen Frage zu kommen, wie sie der oben erwähnte Revierschutzmann bereits gethan hatte. Behördlicherseits wurde der Frau Godau schriftlich mitgetheilt, daß auf die Verlegung der Zeit des Begräbnisses von 5 auf 6½ Uhr, welche der Polizei angezeigt wurde, keine Rücksicht genommen werden könne, und die Beerdigung um 5 Uhr stattfinden müsse. Am Begräbnißtage um 4 Uhr wurde die Straße durch Schutzleute gesperrt und kam der Polizeiinspektor Tausch die Mittheilung machen, daß falls die Leiche nicht um 5 Uhr fortgebracht würde, die Polizei einschreiten müsse, ein Wagen stände schon bereit. Punkt 5 Uhr setzte sich dann auch der Leichenzug in Bewegung. Voraus fuhr ein Wagen, vollgepackt mit Bouquets und Kränzen, dann folgte der reichgeschmückte Sarg, ein paar Verwandte zu Fuß und vier Wagen. Das Ganze dicht umschlossen von Schutzleuten und Ober-Schutzleuten.

Aber der kleine Zug konnte sich nur sehr langsam fortbewegen, denn dichtgedrängte Menschenmassen füllten den ziemlich weiten Weg von der Wohnung des Verstorbenen bis zum Friedhof, trotz des polizeilichen Verbots, und manches Auge füllte sich mit Thränen, als der Sarg vorbeipassirte. Man schätzt die Zahl der auf dem Wege bis zum Friedhof versammelten Personen auf zirka **30,000**. Leider waren durch die unpassende Zeit noch viele Tausende von Arbeitern verhindert, ihrem Freunde die letzte Ehre zu erweisen. Die Polizei hatte an alle Fabrikbesitzer die Aufforderung gerichtet, ihr Diejenigen namhaft zu machen, welche an diesem Nachmittage Urlaub nehmen sollten! Ein feierlicher Ernst lagerte auf der Menschenmenge, und nur als einer der den Eingang zum Friedhof zu Fuß und zu Pferde bewachenden Gensdarmen eine mit schwarzem Flor umzogene rothe Schleife ihrem Träger aus der Hand riß und mit Füßen darauf trat, entrang sich ein Schrei der Entrüstung und des Schmerzes der Brust der Umstehenden. Der Zutritt zum Friedhofe, auf welchem sich ebenfalls eine starke Polizeimacht mit aufgepflanztem Bajonnett etablirt hatte, wurde nur den Verwandten unseres Freundes gestattet, ja, die Gemeinheit der Behörde ging so weit, selbst die Sänger, welche dem Dahingegangenen einen Grabgesang bringen wollten, mit der Bemerkung abzuweisen, daß ein kurzes Gebet genüge. Reden am Grabe waren ebenfalls verboten, und nachdem noch die prächtige rothe Schleife der Königsberger Sozialdemokraten auf Veranlassung der Gensdarmen entfernt worden war, trennten sich die Leidtragenden nach einem kurzen: „Hut ab für August Godau" von dem über und über mit Blumen bedeckten Grabe. Hinter ihnen wurde das Thor des Friedhofs sofort wieder geschlossen. Das hinter dem Kirchhof aufgestellte Militär, unter der Führung eines Majors, die bereitstehenden Ordonnanzen am Eingange des Friedhofs, welche dazu dienen sollten, noch weitere Truppenmassen herbeizuführen, konnten jetzt ruhig abziehen. Trotzdem blieb ein Gensdarmerieposten während der Nacht am Friedhofe stationirt. So hat denn alle Niedertracht der Polizei ihre Wirkung verfehlt und ihre Macht sich als Ohnmacht erwiesen. Im Gegentheil gestaltete sich das Begräbniß unseres unvergeßlichen Freundes und Genossen zu einem Triumphzuge für unsere gerechte Sache, zu einer ungeheuern Blamage aber für die Polizei. Unsern Gegnern ist durch den Tod Godau's ein Alp von der Brust genommen. Sie sahen in Godau die verkörperte Sozialdemokratie und glauben jetzt, nach seinem Hinscheiden, wieder leicht der Bewegung Herr werden zu können. Aber sie werden sich irren. Die Königsberger Arbeiter haben darum die doppelte Pflicht, mit allen Kräften für unsere Sache einzutreten, um die große Lücke wieder auszufüllen, welche der Tod in ihre Reihen gerissen, aber sie sind sich derselben bewußt und werden sie erfüllen.

Ist auch der Führer todt,
Hoch weht die Fahne roth.
Voran, voran die kühne Bahn
Zu unserm Ziel hinan!

P.S. Am Sonntag nach dem Begräbniß war der Kirchhof wieder von Gensdarmen besetzt, und in den naheliegenden Gärten sah man eine Menge Schutzleute in Zivil, weil die Polizei glaubte, die Genossen würden sich in einem derselben versammeln, um in corpore nach dem Grabe zu ziehen, und den eventuellen Nachfolger Godau's am Grabe einen Eid ablegen zu lassen. O sancta simplicitas! Trotz der Besetzung wurde die Grabstätte von Tausenden von Menschen besucht.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion versendet das nachstehende Zirkular, das wir, weil auch für weitere Kreise von Interesse, hiermit zur Kenntniß unserer Leser bringen:

„Juli 1887.

Wir machen unseren Gesinnungsgenossen hierdurch die Mittheilung, daß in den Monaten April, Mai und Juni folgende freiwillige Beiträge für Unterstützungszwecke eingingen:

Aus Forst i. L. Mk. 19 50. Bremen 18 50. Potsdam 38 —. Brandenburg 25 —. Hamburg 347 —. Brandenburg 50 —. Liegnitz 20 —. Potsdam 23 —. Deberan 20 —. Regensburg 11 80. Fürth 10 —. Von D. in Dortmund 10 —. Augsburg durch S. in F. 20 —. Wilhelmshaven 50 —. Stuttgart (alte Garde) 150 —. Iserlohn 30 —. Potsdam 14 65, ditto 20 —. Crimmitschau 100 —. Merseburg 5 —. Werdau 10 —. Düsseldorf 30 —. Coburg 4 —. Hof 5 —. Köln 25 —.

Aus Hannover Mk. 100 —. Von Berliner Buchdruckern 100 —, ditto 50 —. A. H. Sylvester 7 —. Max Mülheim 1000 —. Hannover 100 —. Lübeck 50 —. Aachen 25 —. Guben 20 05. Von X. Y. Z. 5000 —. Von dem T.-F. 667 —. Aus Brandenburg 50 —. Gotha 10 —. Hamburg 1000 —.

Nachträge vom Januar bis Ende März:

Aus Hastedt bei Bremen Mk. 101 20. Bamberg 10 —. Hemelingen 10 —. Köln (Lotteriegesellschaft N. durch Sch.) 10 —. Göppingen 20 —, ditto 10 —. Kiel 70 —. Von einem Landwirth aus dem 4. sächsischen Wahlkreis 3 — für Freiberg. Hastedt-Hemelingen 30 —. L. W. Gp. 2 60. D. B. Bn. 10 —. Zittau 67 75, von einem „verschämten Parteigenossen" S. S. 1 —. A. L. Ftbg. — 60. Schwäb. Hans 2 —. Aus Rostock 100 —. Für Moritz Tabaksbeutel in C. 4 —. Barmen von zwei P.-G. 1 20. „Der Bekannte" — 20. Göppingen 20 —.

April bis Ende Juni:

Aus Dessau 5 —. L. Zimme. 2 —. Lechhausen 3 40. Dose L. 4 40. Hagen i. W. 50 —. Rastatt 1 75. Velbert 2 —. Frankenhausen i. Th. 10 —. K. F. B. 18 68. S. Berlin 18 90. Flensburg 12 —. Forst i. L. 200 —. Osterwieck 10 —. Falkenberg i. Schl. — 60. Vom „rothen Kaplan" 2 35. Dr. W. A. 4 —. Barmen 200 —. Hbg. Mehmk. — 60. M. L. Bsgh. 85 40.

Im Namen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion:

Grillenberger. Hasenclever. Meister. Singer.

Aufruf
zur Sammlung für einen Denkstein auf das Grab Johann Philipp Becker's.

Schon vor einiger Zeit hat das Zentralkomite der organisirten Arbeiterschaft Genfs den Beschluß gefaßt, eine Sammlung zu eröffnen, um dem verdienten Vorkämpfer der Arbeiter-Emanzipation, unserem unvergeßlichen Vater Becker, einen seiner würdigen Grabstein zu errichten und, da die Mittel der Genfer Organisationen zu diesem Zweck nicht ausreichen, die Sozialisten und klassenbewußten Arbeiter aller Länder zur Theilnahme an der Sammlung aufzufordern. Denn Becker, der, wie nur Wenige, den Gedanken der internationalen Befreiungsbewegung in sich verkörperte, der in verschiedenen Ländern für dieselbe thätig war, hat es sicherlich verdient, daß sich die Arbeiter und Revolutionäre aller Länder daran betheiligen, sein Grab mit einem würdigen Denkzeichen zu schmücken.

Von diesem Gesichtspunkte aus hat der Aarauer Delegirtentag der deutschen sozialistischen Vereine in der Schweiz sich der Genfer Anregung freudig angeschlossen, und der unterzeichnete Landes-Ausschuß der deutschen Sozialisten in der Schweiz, im Einverständniß mit dem Genfer Initiativkomite, die Sammlung in die Hand genommen.

Demgemäß richten wir an die Arbeiter und Gesinnungsgenossen allerorts das Gesuch, nach Maßgabe ihrer Kräfte dazu beizusteuern, einen gefallenen Kämpfer zu ehren, der während dreier Menschenalter treu und unerschrocken die Fahne der Freiheit hochhielt, der unermüdlich mit dem Schwerte und mit der Feder für die Sache der Unterdrückten und Ausgebeuteten wirkte, bis der Tod ihm die Hand für immer lähmte; der lieber arm aus unserer Mitte schied, als hohe Stellen aus den Händen der Gegner anzunehmen, wie Fr. Engels in seinem Nekrologe des Dahingeschiedenen nachgewiesen.

Genossen und Freunde! Wir wissen, welch' schweren Kampf Ihr überall zu führen habt und wie stark Eure Opferfähigkeit in Anspruch genommen wird durch den Kampf mit den reaktionären Mächten, die kein Mittel scheuen, um der Partei des emporstrebenden Proletariats Blut abzuzapfen. Aber dennoch wenden wir uns vertrauensvoll an Euch, da wir wissen, wie hoch Johann Philipp Becker im Andenken aller Derer steht, die diesen seltenen Mann, wie Fr. Engels ihn nennt, sei es persönlich, sei es in seinem Wirken, kennen gelernt. Gebt, wiederholen wir, nach Maßgabe Eurer Mittel. Was der Einzelne nicht leisten kann, das bringt der Eifer Vieler mit Leichtigkeit auf.

Alle Diejenigen, Vereine oder Einzelne, welche zu der Sammlung beizusteuern wünschen, sind gebeten, ihre Beiträge an den Kassirer des Landesausschusses:

H. Schnelle, Chorgasse 9, in Zürich,

zu richten.

Mit sozialdemokratischem Gruße!

Der Landes-Ausschuß
der deutschen Sozialisten in der Schweiz.
Das Zentralkomite
der Genfer Arbeiter-Vereine.

Alle der Arbeitersache zugethanen Blätter sind freundlichst ersucht, diesen Aufruf abzudrucken oder von ihm Notiz zu nehmen.

Nachruf.

Ein schmerzlicher Verlust hat uns betroffen. Der beste Freund und unermüdliche Kämpfer für unsere Sache,

August Godau, Schlossermeister,

ist am Sonnabend, den 2. Juli, Nachmittags 3 Uhr, seinem langen und schweren Lungenleiden im Alter von 34 Jahren erlegen.

Als Schlosser auf der Königl. Ostbahn beschäftigt, wandte er sich mit seinem für Recht und Wahrheit glühenden Herzen mit Begeisterung den Lehren der Sozialdemokratie zu.

Wegen seiner politischen Thätigkeit von der Bahn entlassen, sah er sich schließlich gezwungen, Kleinmeister zu werden. Durch schwere Sorgen um seine Existenz und übermäßige Arbeit zog er sich den Keim zu der Krankheit zu, welche ihn jetzt dahingerafft hat.

Als mit dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes die hier damals auf sehr schwächlichen Füßen stehende Partei in Trümmer ging, war er es, der den Muth nicht verlor, sondern unverzagt mit einem Häuflein Getreuer den Kampf für unsere gerechte Sache wieder aufnahm. Immer bemüht, die Verzagten zu ermuthigen, die Lässigen anzufeuern, wurde er mit noch drei Genossen im Jahre 1881 wegen Verbreitung einer Flugschrift, nachdem er kaum die schwersten Folgen eines Blutsturzes überstanden, mit einem schwerkranken Körper in Untersuchung genommen und zu einer unmenschlich langen Gefängnißstrafe verurtheilt, von der er den größten Theil sofort abbüßen mußte. Um nicht Andere zu kompromittiren, nahm er hierbei in der edelmüthigsten Weise alle Schuld auf sich.

Aber nicht der kranke Körper, nicht Gefängniß und schwierige Existenz vermochten ihn auch nur einen Augenblick wankend zu machen. Immer bereit, sich weiter zu bilden, um unserer Sache besser dienen zu können, verstand er es meisterhaft, in Versammlungen mit schlichten und klaren Worten den Arbeitern ihre traurige Lage vor Augen zu führen, in ihnen das Klassenbewußtsein zu wecken, das Solidaritätsgefühl zu stärken. Seinem unermüdlichen Wirken sind auch die letzten Wahlerfolge zuzuschreiben. Ihm ist es zu verdanken, daß wir jetzt einen festen Kern von zielbewußten Arbeitern besitzen, welcher unbeirrt den gezeigten Weg weiter verfolgen wird.

Und dieser uneigennützige Freund, dieser edelmüthige Kämpfer unserer Sache, er ist dahin!

Unser Schmerz ist groß und gerecht, aber wir würden dem Andenken des Verstorbenen schlechte Ehre erweisen, wenn wir uns in müssigen Klagen ergehen wollten.

Nein, Du todter Kämpfer für Wahrheit und Recht, wir wollen uns bemühen, Deinem leuchtenden Vorbilde nachzustreben, und uns trösten mit dem Dichterwort:

Und ob auch milde Fechter
Sinken im harten Strauß,
Es kommen neue Geschlechter
Und kämpfen ihn redlich aus.

Das Denkmal, das Du Dir in den Herzen der Arbeiter gesetzt hast, ist unvergänglicher als eines aus Stein und Erz.

Königsberg, 10. Juli 1887.

Die Königsberger Sozialdemokratie.

∴

Am 5. Juli 1887 starb in Pfullingen bei Stuttgart mein Bruder,

Max George, Schriftsetzer,

im 30. Lebensjahr.

Die Genossen, welche meinen Bruder gekannt, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Unsere Sache verlor an ihm einen treuen, unermüdlichen Mitstreiter.

London, 14. Juli 1887.

Rich. George.

Briefkasten

der Redaktion: Briefe und Einsendungen ꝛc. sind eingetroffen aus Brüssel (F. B.) Danzig, Kopenhagen (besten Dank), London. — München: Die Schnadahüpferln sind doch von zu lokalem Interesse und eignen sich mehr zu einem speziellen Flugblatt. Die Korrespondenz wurde verschiedene Male wegen Raummangels zurückgelegt und gerieth so ins Hintertreffen. Heutzutage überholt ja eine Infamie die andere. Auf Wunsch sind wir gerne bereit, das Versäumte nachzuholen.

der Expedition: Clara: Beide Bfe. am 21/7. erh. Adr. geordnet. Mk. 54 — u. Mk. 2 25 pr. Vrlg. gutgebr. Weiteres besorgt. — Rebus: Mk. 12 — Ab. Mai u. Juni erh. Alles fort. Bfl. Weiteres. — Allg. Arb.-Ver. Lausanne: Fr. 44 10 Ab. 2. Qu. u. à Cto Schft. erh. — Bremus: Mk. 79 50 à Cto Ab. ꝛc. erh. — Glß. Genf: Fr. 2 10 Ab. 3. Qu. N. N. erh. — Stbr. Chaux-de-fds.: Fr. 2 10 Ab. 3. Qu. N. N. erh. — Maßkrug: Mk. 20 — à Cto Schft. erh. Bstllg. u. Adr. notirt. Bfl. Weiteres. — U. F. G.: Mk. 388 — à Cto Ab. ꝛc. nach Wunsch geordn. Bfl. Weiteres. Spezialquitg. erbeten. — Alte Garde: 50 Mk. à Cto Ab. gutgebr. — L. C. St.: Mk. 5 75 Ab. 3. Qu. u. Schft. pr. A. erh. Weiteres bfl. — S. S. Fbg.: Mk. 3 — Ab. 3. Qu. erh. Erh. abg. — H. Sch. Gstr.: Mk. 9 — Ab. 3. Qu. erh. Adr. geordn. — P. G. Hanau: Mk. 300 — pr. Ufds. dkd. erh. — Pionir: Mk. 1 20 Ab. Rest 3. Qu. erh. Adr. eingereicht. — E. Condor: Mk. 6 — Ab 3. Qu. erh. Adr. geordn. — Großes Zuchthaus: Mk. 3 — Ab. 3. Qu. pr. Kl. ꝛc. erh. Weiteres besorgt u. bfl. — S.-D. Leseclub Paris: 160 Fr. Ab. 2. Qu. pr. baar u. Gprch. erh. Adr. ꝛc. notirt. — E. H. Paris: Letzte Sdg. war bei Eingang Ihrer Disposition bereits fort. Weiteres folgt nach Wunsch. — Hlg. Josef: Mk. 78 20 à Cto Ab. nach Vorschrift erh. Mk. 7 20 pr. Gpr. gutgebr. Adr. ꝛc. geordn. — Augsburg: Mk. 23 — pr. Ufds. dkd. erh. — Kopenhagen: Fr. 84 20 Ab. 1. u. 2. Qu. u. Schft. erh. — Blanc: Mk. 103 75 à Cto Ab. ꝛc. erh. Bstllg. u. besorgt. Bfl. mehr. — Wolfus: Mk. 59 — à Co. Ab. ꝛc. erh. — -r. Rebus: Fr. 10 — Ab. 3. Qu. erh. Restirt noch Fr. 1 10. — U. F. G.: Mk. 300 — nach Vorschrift verw. Näheres lt. Bf. v. 25/7. Dank für Referenz. — J. L. Ch.: öwfl. 1 — pr. August u. Septbr. erh. u. hier von 65 — pr. Ufd. dkd. verw. —

Anzeigen.

☞ Parteigenossen bestens empfohlen, insbesondere Anfängern im Studium der Sozialökonomie:

Bastiat-Schulze
von
Ferdinand Lassalle.

Neue Ausgabe. — 14½ Bogen stark.

Preis: Mk. 1 —. = Fr. 1 25.

Bei Partienbezug Rabatt. Porto extra.

Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen

Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Basel Das Lokal der hiesigen Mitgliedschaft der deutschen Sozialisten befindet sich von jetzt ab im

Restaurant Bürgi, Riehenthorstraße Nr. 15,

wovon Tit. Vereine, Genossen und Freunde Notiz nehmen wollen.

(Fr. 1 25) Der Ausschuß.

Zürich Samstag, den 30. Juli, Abends 8½ Uhr, im großen Saale (3 Treppen hoch) des Schwanen (Stadt):

Oeffentliche
Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:

Die Betheiligung der Sozialisten an den bayerischen Landtagswahlen.

Referent: Bgr. Fischer.

Zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlichst ein

Der Lokalausschuß.

Die zur Aufnahme Angemeldeten sind hierdurch behufs Aufnahme zum Besuch der Versammlung eingeladen.

Jedermann hat Zutritt.

Schweiz. Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.